

Leserbriefe

Atomausstieg

Wir zählen immer mehr Einwohner und wir alle lieben den täglichen Komfort, den uns der Strom ermöglicht. Ich bin gerne unabhängig und kann nicht verstehen, wie man sich nun Hals über Kopf vom Ausland abhängig machen will. Ich beziehe meinen Strom lieber aus Schweizer Kernkraftwerken als aus dem Ausland oder noch schlimmer aus den Kohlekraftwerken in Deutschland. Wenn der Strom nach Kohle stinken würde, täten sicher viele gerne auf den Kohlenstrom verzichten.

Und es ist nun mal so: Photovoltaik liefert in der Nacht keinen Strom! Und damit wir nicht im Dunkeln sitzen müssen, versorgen uns unsere Kernkraftwerke seit Jahrzehnten zuverlässig mit Strom.

Und ganz nebenbei: Bald schon haben die ersten Photovoltaikanlagen ausgedient, es kommt also jährlich tonnenweise Abfall auf uns zu, der irgendwie und irgendwo entsorgt werden muss. Ich bin entschieden gegen eine unüberlegte, sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke. Lasst uns langfristig planen. Wir stecken erst in den Anfängen der alternativen Energie. Das ist ein spannendes und grosses Thema. Weitere Entwicklungen sind nötig.

Das geht am besten, wenn wir uns unabhängig vom Ausland weiterentwickeln können und uns niemand den Strom abschaltet.

KARIN DE MARCO, Strengebach

Wie kann der Atomausstieg «geordnet» vollzogen werden, wenn innerhalb eines Jahres drei Kernkraftwerke stillgelegt werden müssen? Ein Kernkraftwerk endgültig abschalten geht nicht über Nacht! Das zeigt das Beispiel Mühleberg: Die BKW arbeitet seit 2015 intensiv an den Vorbereitungen der Stilllegung, die Ende 2019 erfolgen soll. Gemäss der Atomausstiegsinitiative sollen aber schon 2017 drei von fünf Schweizer Kernkraftwerken endgültig abgeschaltet werden.

Solche Hauruckübungen führen nicht zu mehr Sicherheit, sondern sind planlose Kurzschlussaktionen und führen zu Unsicherheiten in der Schweizer Stromversorgung. Aktuell stehen die KKW Leibstadt und Beznau 1 still. Wir importieren die Leistung von zwei bis drei Kernkraftwerken, und zwar überwiegend aus Deutschland und Frankreich. Der deutsche Strom stammt zu 70% aus fossilen und nuklearen Anlagen, der französische zu gut 70% aus nuklearen. Das kann unmöglich der Beweis für die Machbarkeit des Atomausstiegs sein!

Schon heute kann die Schweiz im Winter ihren Strombedarf nur dank Importen decken. Geht es nach der Initiative, fehlen schon im nächsten Winter weitere 15% der inländischen Stromproduktion – ohne einen tauglichen Plan für den Ersatz.

PETER HUG, Sulz (Laufenburg)

Was hiesige Verwaltungsräte bewegt

SCHWEIZ Frauenquoten scheiden die Geister. Rekrutierung bereitet Schwierigkeiten. Digitalisierung genießt hohe Beachtung.

MARTIN GOLLMER

Eine Frauenquote, wie sie der Bundesrat am Mittwoch vorgeschlagen hat, stösst bei Verwaltungsräten schweizerischer Unternehmen auf geteilte Meinung. Während sie rund 40% für umsetzbar halten, glaubt etwa ein Drittel, dass sie nicht umgesetzt werden kann. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Führungskräfte-Suchunternehmens Knight Gianella. «Manchen Verwaltungsräten sträuben sich die Nackenhaare, wenn sie bei der eh schon schwierigen Suche neuer Mitglieder für ihr Gremium neben Kompetenz, Alter und Nationalität auch noch das Geschlecht berücksichtigen müssen», kommentiert Sandro V. Gianella, Managing Partner von Knight Gianella, das Umfrageergebnis.

Der Bundesrat hat im Rahmen der Aktienrechtsrevision vorgeschlagen, dass im Verwaltungsrat kotierter Unternehmen künftig mindestens 30% Frauen vertreten sein sollen, in Geschäftsleitungen mindestens 20%. Zur Erreichung dieser Ziele haben die Unternehmen im Fall der Verwaltungsräte fünf Jahre Zeit, im Fall der Geschäftsleitungen zehn Jahre. Werden die Ziele nicht erreicht, müssen die Firmen eine Begründung geben und Massnahmen zur Zielerreichung einleiten. Sanktionen bei Nichterreichung der Ziele sind nicht vorgesehen. Ob eine Frauenquote kommt oder nicht, entscheidet das Bundesparlament.

Faktoren, die belasten

Frauenquoten sind aber nicht die einzigen Sorgen, die schweizerische Verwaltungsräte zurzeit umtreiben. Als belastend empfinden sie gemäss der Umfrage von Knight Gianella vor allem auch den zeitlichen Aufwand für die Verwaltungs-



Der Bundesrat will mindestens 30% Frauen in Verwaltungsräten.

ratstätigkeit, den Kommunikationsdruck, die Einflussnahme von Politik, Medien und Öffentlichkeit sowie den Reputationsdruck – wenn auch 2016 meistens etwas weniger stark als 2015, aber immer noch deutlich stärker als 2014, als die Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei kotierten Aktiengesellschaften noch nicht in Kraft war (vgl. Grafik).

Unter diesen Belastungen leidet die Bereitschaft, Verwaltungsratsmandate auszuüben. Beachtliche 41% der befrag-

ten Mandatsträger sind klar oder latent bereit, auf eine Verwaltungsratsstätigkeit zu verzichten. Und nur 37% bezeichnen ihre aktuelle Befindlichkeit als Verwaltungsrat als gut. Sandro V. Gianella führt das auch darauf zurück, «dass das Schlechtreden der Wirtschaft im Allgemeinen und der Spitzenleute von Unternehmen im Speziellen seit der Lancierung der Minder-Initiative (Abzockerinitiative) deutlich zugenommen hat».

Hohe Belastung, schlechtes Image –

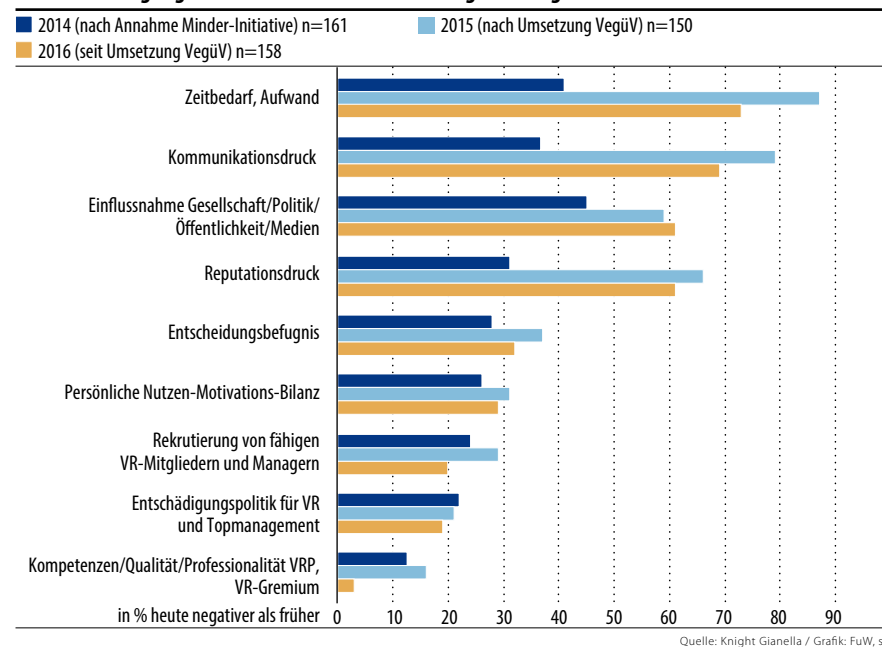
das ist nicht gut für die Rekrutierung neuer Verwaltungsräte. Diese wird zwar aktuell für etwas weniger schwierig gehalten als früher (vgl. Grafik). Aber immer noch knapp 40% der Verwaltungsräte halten die Rekrutierung neuer Kolleginnen und Kollegen für schwierig. Als wichtigste Gründe werden in der Befragung die gestiegenen Anforderungen bezüglich Kompetenzen, Diversität und zeitliche Verfügbarkeit angegeben. Erschwerend sei auch, dass immer mehr jüngere Verwaltungsräte gesucht würden, ergänzt Gianella. Diese seien aber oft noch operativ tätig und hätten dementsprechend wenig Zeit für ein zusätzliches Amt oder würden von ihren Vorgesetzten nicht freigegeben.

Reaktion statt Aktion

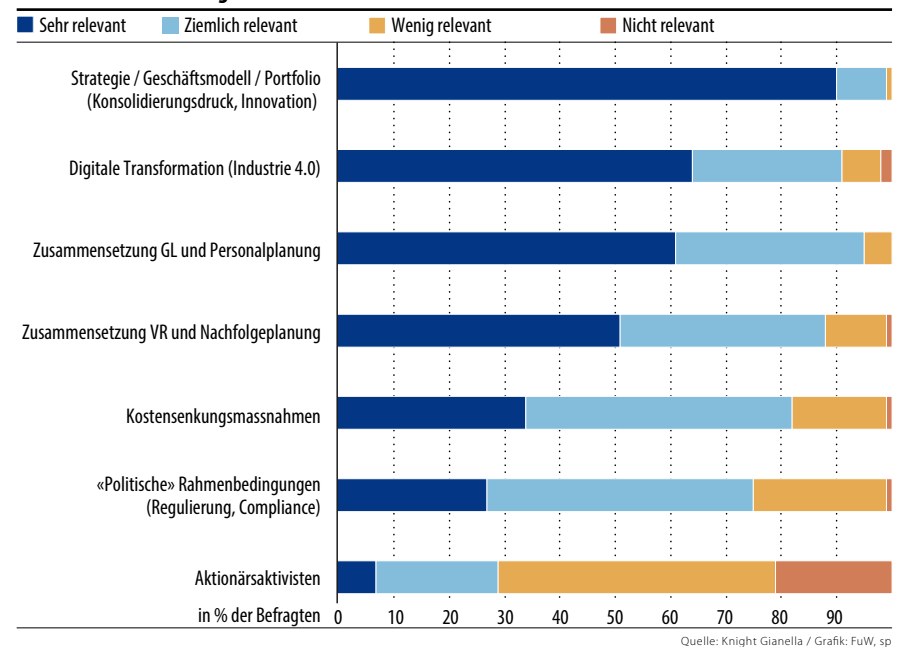
Als wichtigste Themen in ihrer Arbeit bezeichnen die Verwaltungsräte Unternehmensstrategie und Geschäftsmodell, die Digitalisierung sowie die Personal- und Nachfolgeplanung für ihr Gremium und die Geschäftsleitung (vgl. Grafik). Bezüglich Digitalisierung finden jeweils über 80% der Verwaltungsräte, dass ihr Gremium Kompetenzen in diesem Bereich noch erweitern muss, dass die Unternehmensstrategie anzupassen ist und dass entsprechende Investitionen forciert werden müssen. «Noch immer sind viele Unternehmen im Reaktions- statt im Aktionsmodus», konstatiert Gianella.

Für die Onlinebefragung, die Knight Gianella in Zusammenarbeit mit dem mit Corporate Governance Competence Center der Universität St. Gallen im September durchführte, wurden 489 Verwaltungsräte kotierter und grosser nicht kotierter schweizerischer Unternehmen angeschrieben. 158 antworteten (32%). Die 158 Teilnehmer der Umfrage repräsentieren 742 Verwaltungsratsmandate.

Rahmenbedingungen und Probleme der Verwaltungsratsstätigkeit



Themen der Verwaltungsratsarbeit



Anzeige

ERFOLGREICHE KAPITALERHÖHUNG

SF Sustainable Property Fund

Valoren-Nummer: 12079125

Mit dieser Emission fliessen dem Fonds Neugelder in der Höhe von CHF 58.6 Mio. zu. Der Fonds investiert in nachhaltige Immobilien in der ganzen Schweiz.

Wir danken den Investoren für das Vertrauen.



Swiss Finance & Property Funds AG

REAL ESTATE ASSET MANAGEMENT & FINANCIAL ADVISORY



Seefeldstrasse 275
8008 Zürich

Telefon +41 43 344 61 31
www.sfp.ch